

IGOKD c/o M. Mutterlose * Neil-Armstrong-Str. 1b * 63457 Hanau a.M.

An

die Bundestagsfraktionen im deutschen Bundestag

an

die SED Opferbeauftragte im deutschen Bundestag

Evelyn Zupke

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir wenden uns mit großer Sorge an Sie, da die Ausgestaltung des Härtefallfonds keine vollständige Entschädigung für die Opfer politischer Verfolgung und Haftzwangsarbeit in der DDR darstellt. Der Fonds kommt ausschließlich bedürftigen Personen zugute. Die große Mehrheit der noch lebenden Betroffenen geht erneut leer aus. Dies ist aus unserer Sicht nicht akzeptabel.

Auch die Aussicht, dass noch andere Firmen in den Fonds einzahlen, ändert nichts an den Bedingungen der Entschädigung, die wiederum an die Bedürftigkeit gekoppelt ist. Ebenso ist es nicht akzeptabel, dass ehemalige politische Häftlinge, die von Haftzwangsarbeit (z. B. IKEA) betroffen waren und nicht bedürftig sind, nicht von Entschädigungszahlungen profitieren. Wir fordern Sie hiermit nochmals auf, dies unverzüglich zu ändern.

Gleichzeitig verweisen wir auf die hoheitliche staatliche Aufgabe der Bundesrepublik Deutschland, die Betroffenen angemessen für die menschenunwürdige Haftzwangsarbeit in DDR-Haftanstalten zu entschädigen (Einigungsvertrag, Artikel 17).

**Haftbedingungen und
Menschenrechtsverletzungen**

Adress



Initiative for Justice of Victims
of the Communist Dictatorship

**Initiative für
Gerechtigkeit
der Opfer der
kommunistischen
Diktatur e.V.
IGOKD / Dachverband**

Sektion Deutschland

c/o Mike Mutterlose

Neil-Armstrong-Straße 1b
D - 63457 Hanau am Main

1.Vorsitzender
Mike Mutterlose

Stellv. Vorsitzender
Dr. Hans D. Ripperger

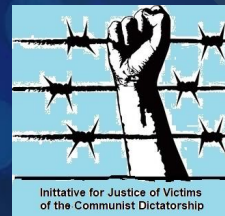
Schatzmeisterin
Andrea Rugbarth

Beisitzer
Gundhardt Lässig
Andreas Hartlep

Kontoverbindung

IBAN
DE59 8306 5408 0005 4337 97
BIC
GENODEF1SLR

**www.initiative-fuer-
gerechtigkeit-von-sed-
opfern.de**



Die Haftbedingungen in den DDR-Gefängnissen waren menschenunwürdig. Politische Häftlinge wurden unter strengster Isolation, psychischem Druck und physischer Gewalt gehalten. Zwangsarbeit war nicht nur ein Mittel der wirtschaftlichen Ausbeutung, sondern auch ein Instrument der Demütigung und politischen Unterdrückung.

Arbeitszeiten von bis zu 12 Stunden täglich, fehlende Sicherheitsstandards und gesundheitsschädliche Arbeitsumgebungen waren die Regel. Wer sich weigerte, wurde mit Einzelhaft, Essensentzug oder weiteren Strafen belegt. Diese Praktiken, die durch die DDR-Organen gerade gegen politische Häftlinge eingesetzt wurden, verstießen gegen die Grundsätze der Menschenwürde und gegen internationale Konventionen, die bereits damals galten.

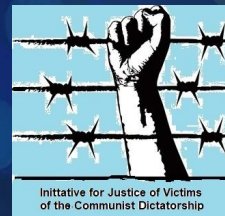
Wirtschaftliche Verflechtungen und Verantwortung der BRD

Nachweislich waren rund 6.000 Unternehmen an der Nutzung dieser Zwangsarbeit beteiligt. Über den Interzonenhandel gelangten Produkte, die unter Einsatz dieser Arbeit hergestellt wurden, in die Bundesrepublik Deutschland. Damit profitierte die BRD indirekt von diesem System und trägt eine historische Mitverantwortung.

Die wirtschaftlichen Vorteile, die die BRD aus dem Handel mit der DDR zog, dürfen nicht ausgeblendet werden, wenn es um die Frage der Wiedergutmachung geht. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Betroffenen selbst die beteiligten Firmen anbetteln müssen, um eine Entschädigung zu erhalten. Hier ist eine zentrale, staatlich koordinierte Lösung erforderlich. Die Unternehmen, die damals profitierten, müssen sich ihrer Verantwortung stellen – nicht die Opfer sollen erneut belastet werden.

Unsere Vorschläge für eine gerechte Lösung

1. Rentenpunkte: Allen Betroffenen, die wegen politischer Verurteilungen in der DDR Haftzwangsarbeit leisten mussten, sollten pauschal 6 Rentenpunkte zugesprochen werden. Dies wäre eine unbürokratische und gerechte Anerkennung für alle Opfer – unabhängig von ihrer aktuellen wirtschaftlichen Lage.



2. Deutsche Bahn: Die Deutsche Bahn als Nachfolgeunternehmen der Deutschen Reichsbahn, die von Haftzwangsarbeit profitierte und die Betroffenen menschenunwürdig transportierte, sollte den Betroffenen eine lebenslange kostenfreie Nutzung in Form einer BahnCard ermöglichen. Dies wäre ein starkes Zeichen der Verantwortung und Solidarität.

3. Gesamtgesellschaftliche Verantwortung: Die Bundesrepublik Deutschland muss sich ihrer historischen Verantwortung stellen. Die wirtschaftlichen Vorteile aus dem Interzonenhandel und die indirekte Beteiligung an der Ausbeutung politischer Häftlinge verpflichten uns heute zu einer umfassenden Wiedergutmachung. Diese darf nicht auf die Bedürftigsten beschränkt bleiben, sondern muss alle Betroffenen einschließen.

Warum jetzt handeln?

Die Zeit drängt: Die Zahl der noch lebenden Opfer nimmt stetig ab. Eine gerechte Lösung darf nicht länger hinausgezögert werden. Wir fordern eine klare politische Entscheidung, die die historische Schuld anerkennt und den Opfern endlich die Würde zurückgibt, die ihnen jahrzehntelang verwehrt wurde.

Wir bitten Sie, diese Vorschläge zeitnah und ernsthaft zu prüfen und in die politische Diskussion einzubringen. Für Rückfragen oder eine vertiefte Erörterung stehen wir jederzeit zur Verfügung.

Ich verbleibe mit weihnachtlichen Grüßen

Mike Mutterlose

Bundesvorsitzender der IGOKD

Vorsitzender der Vereinigung(AK) 17.Juni 1953 e.V.